



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. PeterPaul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Susann Biedefeld, Kathi Petersen, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Bundesverkehrswegefinanzierung beschleunigen und erhöhen – Optionen für privates Kapital ausloten – Auftragsverwaltung stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie zu berichten, wie weit die Pläne des Bundesministeriums unter der Führung von Minister Dobrindt gediehen sind, eine Bundesfernstraßengesellschaft mit erweiterten Kompetenzen zu installieren, da mittlerweile die Verkehrsministerkonferenz der Länder einstimmig einen gravierenden Systemwechsel inklusive Änderung des Grundgesetzes abgelehnt hat.

In dem Bericht ist besonders darauf einzugehen:

- wie die Finanzierungsmittel erhöht, überjährig eingesetzt werden können,
- ob und wie das Finanzvolumen durch privates Kapital auf Darlehensbasis ergänzt werden kann,
- wie die vielfältigen Bürokratiehemmnisse zwischen Bund und Ländern zu Gunsten der Projekteffizienz beseitigt werden können,

- wie die derzeitige Konzeption der Nutzerfinanzierung durch Hereinnahme weiterer Strecken, Tonlagen und Verkehrsmittel optimiert werden kann,
- wie die in Bayern prinzipiell gut funktionierende Auftragsverwaltung noch gestärkt werden kann.

Begründung:

Die systematische Unterfinanzierung der Bundesautobahnen und Bundesstraßen lässt in Berlin nicht nur Gedankenspiele über Milliardenpläne gegen Stau, Nadelöhersperrungen und Investitionslücken sprießen, sondern insbesondere im Bundesverkehrsministerium und Bundesfinanzministerium wurden laut Presseberichten und Expertenmeldungen ganz konkrete Pläne für eine irgendwie geartete „Bundesfernstraßen AG“ geschmiedet.

Diese extreme ordnungspolitische Umgestaltung erfordert sehr detaillierte Kenntnisse diverser Modelle und eine unabdingbare Beteiligung der Länderparlamente, nicht nur wegen der sowohl im Grundgesetz als auch in der Bayerischen Verfassung niedergelegten Schuldenbremsen.

Zwar ist es von den derzeit diskutierten ÖPP-Einzelprojekten bis zu einer möglichen Komplettumstellung des Systems Fernstraße noch ein weiter Weg, aber im Nachbarland Österreich mit der AFIN AG existiert schon seit Jahren eine leistungsfähige Alternative. Mittels Stärken-Schwächen-Analyse ist für Deutschland mit besonderem Fokus auf den Freistaat Bayern das Optimum zu definieren, bevor gesetzgeberisch gehandelt werden kann und darf.

Die sog. Bodewig-Kommission II hat jüngst bereits zahlreiche interessante Vorschläge zur Verbesserung von Finanzierung, Bau und Unterhalt der Bundesfernstraßen gemacht.